

Per Mail: sandra.balmer@efv.admin.ch; aurelia.buchs@efv.admin.ch

Bern, 26. September 2023

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Massnahmen zur Entlastung des Haushalts ab 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Für die kommenden Jahre werden im Bundeshaushalt strukturelle Defizite in Milliardenhöhe erwartet. Entlastende Elemente der letzten Jahre fallen weg und neue, derzeit noch nicht gegenfinanzierte Ausgaben sollen hinzukommen. Auf der Einnahmenseite ist kurz- bis mittelfristig zwar ein Zuwachs zu erwarten, allerdings sind diese Prognosen oft mit Unsicherheiten verbunden und können sich schnell wieder ändern. Zugleich sieht sich die Schweiz aufgrund der angespannten geopolitischen Lage mit enormen Ausgaben konfrontiert. Doch auch die immensen Herausforderungen der alternden Bevölkerung, in der Klimapolitik oder im Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur bedingen in Zukunft weiterhin hohe Ausgaben.

Infolgedessen sieht sich die Schweiz mit einem strukturellen Defizit konfrontiert. Zu dessen Beseitigung hat der Bundesrat Entlastungsmassnahmen im Umfang von rund 2 Milliarden Franken beschlossen, die ohne Gesetzesänderungen möglich waren. Mit vorliegender Vorlage unterbreitet er dem Parlament diejenigen Entlastungsmassnahmen, welche hingegen eine Gesetzesänderung erfordern. Namentlich handelt es sich dabei um die befristete Kürzung des Bundesbeitrags an die Arbeitslosenversicherung (ALV) und um die Senkung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer, um eine substanzielle Mitfinanzierung der Kantone an der familienergänzenden Kinderbetreuung sicherzustellen.

Auch Die Mitte verfolgt besorgt die aktuellen Entwicklungen im Bundeshaushalt. Daher sind Entlastungsmassnahmen und Priorisierungen aus ihrer Sicht leider notwendig. Nur so kann die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse eingehalten werden, welche ein strukturelles Gleichgewicht im Bundeshaushalt sicherstellt.

Senkung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer

Die Mitte ist sich bewusst, dass seit einigen Jahren immer mehr Kosten beim Bund anfallen. So hat der Bund unter anderem den Grossteil der Kosten, welche infolge der Coronapandemie angefallen sind, getragen, und die familienergänzende Kinderbetreuung in Form einer wiederholten Anschubfinanzierung unterstützt.

Der Bundesrat wird sich demnächst im Rahmen des nächsten Wirksamkeitsberichts erneut zum Vollzug und der Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen äussern. Der Bericht gibt Aufschluss über die Erreichung der Ziele des nationalen Finanzausgleichs in der vergangenen Vierjahresperiode und diskutiert mögliche Massnahmen für die kommende Periode. Aus Sicht der Mitte müssten allfällige Kürzungen des Kantonsanteils zu der direkten Bundessteuer, wenn überhaupt, im Rahmen dieses Berichts geprüft werden.

Eine Kürzung des Kantonsanteils bereits jetzt vorzunehmen, ist aus Sicht der Mitte jedoch nicht angebracht. Dadurch würde der Bundesrat den laufenden Gesetzgebungsprozess behindern und institutionelle Grundsätze missachten, da er die im Parlament hängige Vorlage 21.403 "Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung" mit vorliegender Vernehmlassungsvorlage übersteuert. Des Weiteren ist zu diesem Zeitpunkt keineswegs klar, ob das Parlament, und wenn ja wie, der obengenannten Vorlage zur Anstossfinanzierung zustimmen wird. In Anbetracht dieser ungewissen Ausgangslage bereits Massnahmen zu treffen, macht aus Sicht der Mitte keinen Sinn.

Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Massnahme des Bundesrates, den Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung (ALV) befristet um 250 Millionen Franken pro Jahr zu kürzen, unterstützt Die Mitte hingegen. Zum einen handelt es sich dabei um eine befristete Massnahme. Gleichzeitig kann man, vorausgesetzt die gute Arbeitsmarktlage hält an, davon ausgehen, dass das Eigenkapitel der ALV kontinuierlich steigen wird.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz